



**Bernhard Emunds**

## **Wirtschaft/ Ökonomie**

Ein Lexikon-Artikel

Der Beitrag wird erscheinen in: Hans Jörg Sandkühler (Hg.),  
Enzyklopädie Philosophie, 2. Aufl., 3 Bde., Felix Meiner: Hamburg  
2009.

**Oswald von Nell-Breuning Institut  
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**

Offenbacher Landstr. 224  
60599 Frankfurt/Main, Germany  
Tel. 0049 (0) 69-6061-369, Fax -559  
eMail: [nbi@sankt-georgen.de](mailto:nbi@sankt-georgen.de)  
web: [www.sankt-georgen.de/nbi](http://www.sankt-georgen.de/nbi)

## 1 Zu den Begriffen

### 1.1 Wirtschaft

Wirtschaft (nicht selten auch: Ökonomie) bezeichnet einen Handlungsbereich moderner Gesellschaften und deren grenzüberschreitende Integration. Bei der Verwendung des Begriffs in der Alltagssprache geht es vor allem um zwei Gruppen von Institutionen: zum einen um Märkte, also um den Tausch von Geld (oder Zahlungsverpflichtungen) gegen Güter (= Waren und Dienstleistungen), gegen Finanztitel (inkl. Geld anderer Währungen) oder andere Vermögenswerte (inkl. Nutzungs- und Verschmutzungsrechten) oder gegen das Recht, zeitlich begrenzt über Arbeitskraft verfügen zu können, zum anderen um Unternehmen, also um Organisationen, die mit Blick auf eine erwartete kaufkräftige Nachfrage Güter bereitstellen (Leistungserstellung). Alltagssprachlich werden neben den genannten Institutionen auch diejenigen Personen als Wirtschaft bezeichnet, die Eigentümer von Unternehmen sind oder Leitungsfunktionen darin wahrnehmen, sowie deren Interessenverbände oder Verbandsvertreter.

Typisch für die Verwendung des Begriffs in der heutigen Alltagssprache ist, dass er, sofern es um Institutionen geht, die Sphäre des Marktes *und* die Sphäre der Leistungserstellung umfasst.<sup>1</sup> Einige wissenschaftliche Definitionsvorschläge weichen von diesem Verständnis so stark ab, dass ihre Verwendung erhebliche Missverständnisse wahrscheinlich macht. Nicht wenige Autoren definieren Wirtschaft als den Handlungsbereich einer Gesellschaft, in dem gewirtschaftet wird. Eine Möglichkeit besteht dann darin, dieses Wirtschaften als Handeln nach dem ökonomischen Prinzip zu definieren, d.h. als Bemühen, entweder gegebene Ziele mit möglichst geringem Mittelaufwand zu erreichen oder mit gegebenen Mitteln den größten möglichen Erfolg herauszuholen.<sup>2</sup> Da sich die Aufgabe, vorhandene Mittel sparsam oder effizient (‚wirtschaftlich‘) einzusetzen, aber in allen oder zumindest in den meisten Handlungsbereichen der Gesellschaft – wenn auch mehr oder minder dringlich – stellt, führt die Definition von Wirtschaft als Bereich, in dem nach dem ökonomischen Prinzip gehandelt wird, zu einem extrem weiten und insofern unbrauchbaren Wirtschaftsbegriff. Andere Autoren definieren Wirtschaften als jenes menschliche Handeln, das auf einen „dauernden Einklang von Bedarf und Deckung“<sup>3</sup> zielt oder, wie es bei W. Sombart heißt, der „Unterhaltsfürsorge“<sup>4</sup> dient. Da bei wirtschaftlichen Gütern lange Zeit die Agrar- und Industrieprodukte im Vordergrund standen, wurde früher häufig betont, dass alle Handlungen in der langen Kette der Produktion (Erzeugen), Distribution (Bereitstellung bei denjenigen Personen, die ihrer bedürfen) und Konsumtion (Genuss, Nutzbarmachung, Verbrauch) von Waren dem einen Ziel dienen, menschliche Bedürfnisse durch materielle Mittel zu decken, insofern unter den Begriff des Wirtschaftens fielen und zum gesellschaftlichen Handlungsbereich Wirtschaft gehörten.<sup>5</sup> Folgt man diesem Begriffsverständnis, dann schließt – auch wenn es um Dienstleistungen geht, bei denen meist das Erbringen der Leistung und deren Konsumtion zeitlich zusammenfallen – der Handlungsbereich Wirtschaft erstens den Staat ein, der z. T. auch Güter bereitstellt, und zweitens die privaten Haushalte, in denen die Güter (ggf. nach einem internen Abschluss des Bereitstellungsprozesses, z.B. Zubereitung einer Mahlzeit mit gekauften Lebensmitteln) konsumiert werden. Eine solche Definition des Begriffs ‚Wirtschaft‘ hebt zwar einprägsam hervor, dass wirtschaftliche Institutionen der Aufgabe dienen, die von den Gesellschaftsgliedern benötigten bzw. gewünschten Güter bereitzustellen. Aber die alltagsprachlich mit dem Begriff Wirtschaft bezeichneten Institutionen erfüllen diese Aufgabe nicht allein,

sondern nur im Verbund mit staatlichen Einrichtungen und privaten Haushalten. Insofern ist auch diese Definition von Wirtschaft erheblich weiter als das in der Alltagssprache verbreitete Verständnis.

Wirtschaftsliberale Ökonomen<sup>6</sup> und Vertreter der soziologischen Systemtheorie<sup>7</sup> setzen nicht selten die Wirtschaft mit dem Marktgeschehen gleich. Dabei stellen die einen den Tausch von Gütern in den Mittelpunkt, die anderen das mit dem Tausch verbundene Geflecht von Zahlungen. In beiden Fällen fassen sie das mit ‚Wirtschaft‘ bezeichnete Institutionenset erheblich enger als in der Alltagssprache. Ausgeblendet bleibt die ganze Sphäre der Leistungserstellung, in der Machtbeziehungen, insbesondere die zeitlich befristete Unterordnung des Arbeitnehmers unter das Direktionsrecht des Arbeitgebers, eine zentrale Rolle spielen.<sup>8</sup> Wirtschaft erscheint dann ausschließlich als jene Sphäre, an der gleichstarke Individuen freiwillig partizipieren, um sich wechselseitig besser zu stellen. Eine solche Vereinseitigung des Begriffs, die für die *emphatische* Rede von Marktwirtschaft typisch ist, sollte genauso vermieden werden, wie die gegenläufige Verengung auf die Sphäre der Leistungserstellung und deren ausschließliche oder vorrangige Interpretation als Ausbeutungs- bzw. Unterdrückungszusammenhang, die (im deutschen Sprachraum) manchmal mit dem Kapitalismus-Begriff verbunden ist.

In Anknüpfung an die alltagssprachlichen Verwendung des Wortes ‚Wirtschaft‘ (und in Rezeption der systemtheoretischen Betonung von Zahlungen) soll Wirtschaft hier als jener gesellschaftliche Handlungsbereich verstanden werden, in dem die Handlungen verschiedener Akteure primär über oder in Hinblick auf ihre monetären Folgen koordiniert werden. Primär *über* ihre monetären Folgen werden Handlungen auf Märkten koordiniert, insofern ohne (Aussicht auf eine) monetäre Gegenleistung weder die bisherigen Eigentümer der (Vermögens-) Güter noch die Arbeitnehmer ihrem jeweiligen Transaktionspartner Rechte übertragen oder einräumen würden. Allerdings findet auch diese marktförmige Handlungskoordination *nicht ausschließlich* über Zahlungen statt. Sie kann z.B. nur gelingen, wenn sich die Vertragspartner wechselseitig als freie und gleiche Personen anerkennen sowie Ehrbarkeit (‚Treu und Glauben‘) unterstellen<sup>9</sup>, was voraussetzt, dass sie (bzw. die weit überwiegende Mehrheit von ihnen) die entsprechenden Verhaltensnormen als verpflichtend anerkennen. Primär *in Hinblick auf* ihre monetären Auswirkungen werden Handlungen in Unternehmen koordiniert, insofern der Gewinn als positive Differenz zwischen Erträgen und Kosten zumeist ein zentrales – wenn nicht das zentrale – Ziel der Führung von Unternehmen ist.

## 1.2 Ökonomie

*Ökonomie* (z. T., wenn ‚Ökonomie‘ und ‚Wirtschaft‘ synonym verwendet „werden“, auch: Ökonomik) bezeichnet eine Sozialwissenschaft. In dem wohl erstmals bei John Stuart Mill greifbaren<sup>10</sup>, heute im neoklassischen Mainstream vorherrschenden Verständnis wird die Ökonomie als eine *allgemeine* Wissenschaft sozialen Handelns definiert, die sich von anderen Sozialwissenschaften durch ihre *Herangehensweise* (‚approach‘) unterscheidet: „Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses.“<sup>11</sup> In dieser Tradition ist die Ökonomie jene Wissenschaft, die alles menschliche Handeln als Ergebnis eines zweckrationalen Entscheidungskalküls zu erklären sucht, bei dem der Akteur auf der Grundlage seines Informationsstands und bei gegebenen Präferenzen bestimmt, wie er die ihm zur Verfügung stehenden knappen Mittel für

seine Zielsetzungen optimal einsetzt. Diese primär am Formalobjekt ansetzende Definition der Ökonomie, paradigmatisch verwirklicht in der Spieltheorie<sup>12</sup> und im ökonomischen Imperialismus von Gary S. Becker<sup>13</sup>, ist heute in der ökonomischen Fachdiskussion selbst dominant. Daneben hält sich aber auch – insbesondere außerhalb der Ökonomie – das vor allem vom Materialobjekt bestimmte Verständnis: Ökonomie ist demnach die für den Handlungsbereich Wirtschaft zuständige, nicht auf eine Methodik festgelegte Sozialwissenschaft (vgl. ‚Wirtschaftswissenschaften‘).

## 2 Problemgeschichte

Die hier gewählten Begriffsbestimmungen von Ökonomie und Wirtschaft setzen eine kapitalistische Marktwirtschaft voraus, also jenes Wirtschaftssystem, das gegenwärtig – z. T. in recht stark divergierenden Varianten<sup>14</sup> – fast auf dem gesamten Globus etabliert ist. Dabei haben beide Begriffe eine lange Geschichte hinter sich, in der sie einen tief greifenden Bedeutungswandel erfahren haben.

### 2.1 Begriffsgeschichte

Das griechische ‚oikonomia‘ bezeichnet spätestens seit dem 4. Jahrhundert vor Christus die Verwaltung und Leitung eines Hauses sowie die Lehre, wie diese Aufgabe richtig zu erfüllen sei.<sup>15</sup> Als Haus/oikos wird dabei ein Personenverbund bezeichnet, der über die (Groß-)Familie hinaus ggf. auch das Gesinde umfasst und zugleich auch die Gesamtheit der diesen Personen gehörenden Güter. Dieses „ganze Haus“<sup>16</sup> ist auch eine Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft. Sie wird als eine weithin autarke Einheit begriffen, die allenfalls – sofern es Märkte gibt – einen kleinen Teil der eigenen Produkte verkauft, um einzelne, nicht überlebensnotwendige Güter hinzukaufen zu können. Die praktischen Ratschläge Xenophons und einiger anderer antiker Autoren sowie vor allem die Reflexionen des Aristoteles, der die Ökonomie wie die Ethik und die Politik als Teil der Praktischen Philosophie begreift und das positiv konnotierte Haushalten der negativ bewerteten Kunst des Gelderwerbs (Chrematistik) gegenüberstellt, hatten bis ins 18. Jahrhundert hinein einen bestimmenden Einfluss darauf, was in Europa unter Ökonomie verstanden wurde. Dies korrespondierte mit der erstaunlich langen Dominanz des primär auf Selbstversorgung ausgerichteten Hauses (bzw. Hofes) als wichtigster wirtschaftlicher Einheit. Seit dem 16. Jahrhundert bezeichnete im Deutschen ‚Wirtschaft‘ auch die Verwaltung von Haus und Besitz, so dass ‚Wirtschaft‘ und ‚Ökonomie‘ zunehmend synonym verwendet wurden.<sup>17</sup> Trotz der aristotelischen Unterscheidung zwischen Ökonomie und Politik wird erstere seit dem 17. Jahrhundert auch auf das Führen des Fürstenhofs und die staatliche Verwaltung bezogen. Durch die Möglichkeit, Handel und Manufakturen mit Steuern und Abgaben zu belegen, kommen diese marktbezogenen wirtschaftlichen Aktivitäten vor allem als Einnahmequellen in den Blick. Später wird man sich deshalb auch der Aufgabe bewusst, sie bewusst zu fördern.<sup>18</sup>

Neben der Hausverwaltung(slehre) sind der Handel, die Handelsfinanzierung und die scholastischen Reflexionen über den angemessenen Preis und das Zinsverbot eine andere Wurzel unseres heutigen Verständnisses von Wirtschaft und Ökonomie.<sup>19</sup> Auch wenn es seit dem 13. Jahrhundert immer wieder einzelne Theologen gab, die zu einer positiven Bewertung des Tauschs und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sowie zu einer differenzierten Einsicht in den Sinn zeitgenössischer Handels- und

Finanzierungspraktiken fanden, blieb die negative Einschätzung des Kaufmannsberufs sowie der von ihm getätigten Handels- und Kreditgeschäfte vorherrschend. Erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts finden sich unter dem Begriff ‚Kommerzien‘ vermehrt Texte, in denen der Kaufmannsberuf reflektiert wird und die berufspraktische Ratschläge für Handels- und Geldgeschäfte, aber auch für die Warenproduktion in Manufakturen und Fabriken enthalten. In dergleichen Zeit mehren sich die Stimmen, die den Beitrag des Handels zur allgemeinen Wohlfahrt würdigen oder die Chance der Landesfürsten hervorheben, durch Überschüsse im grenzüberschreitenden Handel das eigene Vermögen zu mehren (Merkantilismus).

Geht es den merkantilistischen (und kameralistischen) Autoren noch primär um die Aneignung eines möglich großen Anteils der bereits vorhandenen Reichtümer, rücken in den wirtschaftsbezogenen Texten seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich die Produktivität und die Mehrung des Reichtums in den Mittelpunkt.<sup>20</sup> Bei den Physiokraten kommt es zu solchen Zuwächsen ausschließlich durch die Natur in der Landwirtschaft (vgl. Vermehrung des Kornes durch seinen Anbau)<sup>21</sup>, während die englischsprachige Ökonomische Klassik (u. a. A. Smith, D. Ricardo) die Wertschöpfung der menschlichen Arbeit vor allem im verarbeitenden Gewerbe betont und die Chance herausstellt, die Produktivität durch eine marktvermittelte Ausdehnung der Arbeitsteilung weiter zu steigern.<sup>22</sup> Über Jahrhunderte hat sich die Wirtschaft immer deutlicher von anderen Handlungszusammenhängen abgesetzt. Zu den entscheidenden Prozessen gehören der Bedeutungsgewinn der Märkte und der marktbezogenen Produktion von Waren, die mit Hilfe der Geldrechnung zunehmend nach dem ökonomischen Prinzip gesteuert wurde, sowie der Bedeutungsverlust des Hauses als Produktions- und Konsumtionseinheit, vor allem die Trennung zwischen „Familienleben und Häuslichkeit auf der einen, Produktion und Erwerb auf der anderen Seite“<sup>23</sup>, die sich mit dem Fabrikwesen ausgebreitet hat. Für den Handlungsbereich und seine Analyse in einer sich allmählich herausbildenden eigenen Wissenschaft setzen sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts im Deutschen die Begriffe ‚Staatwirtschaft‘, ‚Nationalökonomie‘, ‚Volkswirtschaft‘ bzw. ‚Volkswirtschaftslehre‘ und ‚politische Ökonomie‘ durch.<sup>24</sup>

## *2.2 Entstehung und Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems*

In Bezug auf das Konzept ‚Wirtschaftssystem‘ ist in der deutschsprachigen Literatur die vor allem von W. Eucken ausgearbeitete idealtypische Gegenüberstellung von Markt- bzw. Verkehrswirtschaft einerseits und Zentralverwaltungswirtschaft andererseits dominant<sup>25</sup>. Für ein Verständnis der heutigen Form des Wirtschaftens ist aber vor allem die Geschichte von realtypisch erfassten Wirtschaftssystemen<sup>26</sup>, insbesondere der Wechsel vom Feudalismus zum Kapitalismus bedeutsam. Ökonomisch ist der Feudalismus weitgehend eine Naturalwirtschaft, die auf der Arbeit armer, von ihrem Grundherrn persönlich abhängiger Bauern basiert. Diese waren teils zur Deckung des Eigenbedarfs tätig, teils mussten sie für den Grundherrn unter häufig ausbeuterischen Bedingungen (Fronddienst und Naturalabgaben). Die Grundherren wiederum hatten zumeist ihre Rechte (auch zur Nutzung des Bodens) von höhergestellten Adligen erhalten (‚Lehen‘) und waren insofern in eine mehrstufige Hierarchie von Lehnsbeziehungen eingebunden. Bis zu der im Hochmittelalter einsetzenden Herausbildung von Institutionen, die auf bestimmte gesellschaftliche Aufgaben spezialisiert sind (funktionale Differenzierung), waren alle gesellschaftlich bedeutsamen Handlungsketten jeweils innerhalb einer Grundherrschaft oder zumindest entlang der Strukturen der Lehnshierarchie organisiert.

Ein bedeutsamer Entwicklungsmotor für die Herausbildung des Kapitalismus war nach K. Polanyi die partielle Lösung der Märkte aus ihrer engen gesellschaftlichen Einbettung, die von einigen Landesherrn gezielt vorangetrieben wurde: die Befreiung der Warenmärkte aus der engen Reglementierung (u. a. durch Städte und Zünfte), die Beseitigung der Zinsverbot-Schranken auf dem Markt für Handelsfinanzierung sowie die Ausbildung eines ‚freien‘ Arbeitsmarktes durch Abschaffung der Leibeigenschaft, zunehmende Verkäuflichkeit des Bodens und die Erosion der Zunftrechte.<sup>27</sup> Mit dem Bedeutungsgewinn der Märkte ging ein Wandel von der Bedarfsdeckungs- zur Erwerbswirtschaft einher. Die Marktpreise ermöglichten die monetäre Bewertung aller Aufwendungen und Ergebnisse der Produktion, einschließlich der eingesetzten menschlichen Arbeitskraft. So wurde eine umfassende Kosten-Leistungsrechnung entwickelt, mit deren Hilfe konsequent der gesamte Prozess der Leistungserstellung gemäß dem ökonomischen Prinzip, insbesondere mit dem Ziel eines möglichst hohen Gewinns, gesteuert werden kann.<sup>28</sup> Im Kommunistischen Manifest haben K. Marx und F. Engels diese Schritte zur Herausbildung des Kapitalismus eindrücklich als eine vom Besitzbürgertum ‚revolutionär‘ vorangetriebene Entwicklung beschrieben: „Die Bourgeoisie [...] hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohl erworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.“<sup>29</sup>

Das grundlegende Charakteristikum des kapitalistischen Wirtschaftssystems besteht darin, dass die meisten Güter von kapitalistischen Unternehmen bereitgestellt werden. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass die Unternehmensführung bei ihrer Organisation der Leistungserstellung primär das Interesse der Produktionsmittelbesitzer bzw. Kapitalgeber an einer *Mehrung des* von ihnen eingesetzten *Vermögens* („Kapital“) verfolgt und sich zur Leistungserstellung auch der *Lohnarbeit* bedient. Abgesehen von der (phasenweise stark genutzten) Möglichkeit, durch günstigen Kauf und teuren Verkauf von Vermögensgütern (heute vor allem: Immobilien und Finanztitel) Einkommen zu erzielen (sofern kurzfristig: ‚Spekulation‘), wird das Kapital vor allem vermehrt, indem Leistungen erstellt und auf dem Markt so verkauft werden, dass die dabei erzielten Erlöse die Summe aller bei der Leistungserstellung anfallenden Kosten übersteigen. ‚Lohnarbeit‘ bezeichnet jenes Vertragsverhältnis, bei dem ein Arbeiter bzw. Arbeitnehmer einer anderen Person oder einer Organisation („Arbeitgeber“) das Recht verkauft, in einem bestimmten Zeitraum über seine Arbeitskraft zu verfügen; als Gegenleistung dafür, dass er sich zeitlich befristet dem Direktionsrecht des Arbeitgebers (oder eines von ihm Beauftragten) unterstellt, erhält er vor allem dessen Versprechen, ihm regelmäßig einen fixen Betrag („Lohn“, ‚Gehalt‘) zu zahlen. Das stark asymmetrische Machtverhältnis zwischen Kapital (inkl. Management) und Arbeit im kapitalistischen Unternehmen ist zumeist eng verbunden mit einer sehr ungleichen Verteilung des Reichtums (und z. T. auch der Macht) in der ganzen Gesellschaft („kapitalistische Gesellschaft“). Das Vermögen, vor allem das (ggf. über den Besitz von Aktien und Rentenpapieren vermittelte) Eigentum an Produkti-

onsmitteln ist in den Händen einer Minderheit konzentriert, während die Mehrheit der Gesellschaftsglieder zur Bestreitung des Lebensunterhalts auf Lohnarbeit angewiesen ist.<sup>30</sup>

Das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine jeweiligen nationalen oder großregionalen Ausformungen unterliegen einem tief greifenden Wandel. Das zeigt sich u. a. in den Versuchen, für die Industrieländer eine historische Abfolge von verschiedenen Phasen des Kapitalismus zu herauszuarbeiten<sup>31</sup>. Hier soll nur darauf verwiesen werden, dass die Entwicklung des Wirtschaftssystems in den letzten zwei Jahrzehnten als eine weitere Entkopplung des Wirtschaftssystems aus seiner gesellschaftlichen Einbettung gedeutet werden kann – eine Sichtweise, die auf K. Polanyis Analyse der Herausbildung des Kapitalismus als gesellschaftliche Entbettung zurückgeht. Die Verselbständigung der Ökonomie durch den Bedeutungsgewinn der Märkte und die ökonomisch-rationale Führung der Unternehmen (gemeinsam mit der Ausbildung des Staates durch bürokratische Selbstorganisation) seit dem 18. Jahrhundert bedeutet nicht, dass sich die Gesellschaften Westeuropas restlos ‚modernisierten‘. Vielmehr blieben (und bleiben) in den verschiedenen Volkswirtschaften traditionale Elemente und spezifische Einfärbungen des Kapitalismus erhalten. In einigen Ländern, so auch in Deutschland waren die Gesellschaftsglieder bis Mitte des 20. Jahrhunderts in wirkmächtige Großgruppen und ihre ziemlich scharf voneinander abgeschotteten Milieus eingebunden. In diesen wurden weltanschauliche Orientierung, Geschlechterrollen, Berufswege usw. von Generation zu Generation tradiert. Weil die meisten ökonomischen Interaktionsketten nationale Grenzen noch nicht überschritten, gelang es in dieser Zeit einigen nationalstaatlichen Regierungen recht gut, die Wirtschaft durch Setzen von Rahmenbedingungen und direkte Interventionen zu gestalten und dabei Ordnungsvorstellungen ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie auch andere Interessen als das Gewinninteresse der Unternehmer und Vermögensbesitzer zu berücksichtigen. Von grundlegender Bedeutung für die demokratische Entwicklung dieser Länder (soziale Grundrechte als Voraussetzung für die nicht nur formale Geltung der politischen Beteiligungsrechte<sup>32</sup>) wie auch für deren dynamisches Wirtschaftswachstum war dabei, dass die kapitalistisch organisierte Sphäre der Leistungserstellung sozialpolitisch reguliert (Arbeitsrecht) und durch soziale Sicherungssysteme ergänzt wurde. Auf diese Weise gelang es, in den jeweiligen Ländern mit verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und auf unterschiedlichem Niveau, den für die kapitalistische Marktwirtschaft typischen Zwang der Bevölkerungsmehrheit, zur Sicherung des Lebensunterhalts die Verfügung über die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen, zu begrenzen<sup>33</sup>. Die Vorstände vieler kontinentaleuropäischer Unternehmen verfolgten die Renditeziele der Kapitalgeber nur langfristig und nicht immer konsequent, so dass Raum blieb für die Berücksichtigung anderer Interessen, z. T. eben auch, sofern sie gut organisiert waren, von Arbeitnehmerinteressen.

Durch einige aktuelle bzw. anhaltende Entwicklungen wird diese sozio-ökonomische Konstellation infrage gestellt und die gesellschaftlichen Entbettung der Wirtschaft weiter vorangetrieben. Eine dieser Tendenzen ist die Erosion der Milieus seit den 60er Jahren, die zu einer Pluralisierung der Wertvorstellungen und Lebensläufe geführt hat („Individualisierung“<sup>34</sup>) und in deren Folge solche Lebensentwürfe an Bedeutung gewonnen haben, die stark auf den individuellen Vorteil, z. T. auch auf den eigenen monetären Erfolg („unternehmerisches Selbst“<sup>35</sup>) ausgerichtet sind. Eine zweite Tendenz besteht in der seit den 90er Jahren beschleunigten Internationalisierung der Wirtschaft („Globalisierung“), welche die Gestaltungsmöglichkeiten der nationalstaatlichen Regierungen zu begrenzen scheint, und eine dritte in der Ausbreitung des

‚shareholder value‘-Leitbildes, das die Unternehmensführung faktisch zu kurzfristigen Gewinnsteigerungsstrategien zwingt<sup>36</sup>.

### 3 *Der Systemcharakter, das kulturelle Profil und die politische Gestaltbarkeit der Wirtschaft*

Der Handlungsbereich Wirtschaft hat sich vor allem deshalb relativ stark von anderen gesellschaftlichen Bereichen verselbständigt, weil die bereichsinterne Koordination von Handlungen weithin über oder in Hinblick auf ihre Zahlungsfolgen geschieht. Anders als jene Form der Handlungskoordination, bei der die Beteiligten ihre Handlungspläne aufeinander abstimmen, ermöglicht diese Koordinationsform, dass in der Gesellschaft ein hoch komplexes System der arbeitsteiligen Leistungserstellung entsteht; in einigen Gesellschaften wurde so der Bevölkerungsmehrheit ein erstaunlich hohes Wohlfahrtsniveau zugänglich. Durch das ‚unpersönliche‘ Medium Geld ist es möglich, dass zahlreiche Anbieter darum konkurrieren, mit ihren Leistungen die (realen oder auch von ihnen selbst erzeugten) Bedürfnisse kaufkräftiger Kunden möglichst gut oder möglichst kostengünstig zu erfüllen. Nur dann, wenn es den Unternehmen gelingt, möglichst gute Leistungen anderer Akteure möglichst günstig zu erwerben und möglichst viele Eigenleistungen möglichst teuer zu verkaufen, so dass dauerhaft ein Mindestgewinn erwirtschaftet wird, können sie ihren eigenen Fortbestand sichern (und diejenigen, welche die Unternehmen führen, ihre Position). Dieser Wettbewerbs- und Gewindruck setzt die Manager der Unternehmen Zwängen aus; er reduziert das breite Spektrum prinzipiell denkbarer Handlungsweisen auf einen Korridor von Handlungsoptionen, die aus Sicht des Managements weder den Fortbestand des Unternehmens noch die Sicherheit der eigenen Führungsposition gefährden.

Der Umstand, dass die gleichen wirtschaftlichen Akteure auf mehreren Märkten als Nachfrager oder Anbieter auftreten und bei ihren Ausgaben jeweils die Budgetrestriktion einhalten müssen, also auf die Dauer nicht mehr ausgeben können als sie einnehmen, führt zu zahlreichen Wechselwirkungen zwischen den Märkten. Zugleich kommt es zu Wechselwirkungen zwischen den Akteuren, weil sie jeweils auf den gleichen Märkten interagieren. Erhöht ein Akteur z.B. seine Nachfrage auf einem Markt, dann führt dies (bei Annahme der üblichen begrenzten Preiselastizitäten des Angebots und der Nachfrage) zu Mehreinnahmen der Anbieter und durch eine Preis-anpassung zu Mehrausgaben der anderen Nachfrager. Die Anbieter setzen ihre zusätzlichen Einnahmen möglicherweise in eine höhere Nachfrage auf anderen Märkten um, während die anderen Nachfrager aufgrund der Budgetrestriktion vielleicht gezwungen sind, auf anderen Märkten ihre Nachfrage einzuschränken. Solche Interdependenzen bedingen funktionale Zusammenhänge zwischen den Maßzahlen für volks- und/oder branchenwirtschaftliche Aggregate, deren wichtigsten die Ökonomen zu identifizieren und in Modellen darzustellen versuchen. Insgesamt sind die kausalen Verbindungen aber so komplex, dass die Wirtschaft eine nur begrenzt durchschau- und beherrschbare Eigendynamik aufweist. Gewissermaßen aus sich selbst heraus, d.h. häufig ohne eine klar identifizierbare Ursache ‚durchläuft‘ das System Phasen des Wirtschaftswachstums (Aufschwungs) und der Rezession (des Abschwungs), in denen sehr viele Akteure gleichzeitig ihre Nachfrage (sowie die Unternehmen ihr Angebot) ausdehnen bzw. reduzieren.

Trotz der systemischen Zusammenhänge zwischen den gesamtwirtschaftlichen Aggregaten gibt es Wirtschaft immer nur als den Handlungsbereich einer *bestimmten* Gesellschaft in einer *bestimmten* Zeitphase. Und die Gesellschaft einer Epoche ist



bestimmt durch ein spezifisches Set von Institutionen, Schicht- bzw. Gruppenzugehörigkeiten und durch eine besondere – wenn auch meist plural aufgefächerte – Konstellation von Lebensformen, Welt- und Selbstbildern, Wert- und Normvorstellungen ihrer Mitglieder. Diese unterscheiden sich von denen anderer Länder und denen der gleichen Gesellschaft in einer anderen Epoche. Gelingt die interpretative Herausarbeitung dessen, was für dieses Land in dieser Zeit signifikant ist, dann entsteht das Bild einer bestimmten Identität, eines spezifischen kulturellen Profils, das – in unterschiedlichen Brechungen – in den verschiedenen Handlungsbereichen der Gesellschaft präsent ist, auch in der Wirtschaft. Um das kulturelle Profil der Wirtschaft eines Landes in einer Epoche zu erfassen, hat die Historische Schule der Nationalökonomie im Anschluss an den Stilbegriff der Kunstgeschichte das Konzept des Wirtschaftsstils entwickelt.<sup>37</sup> Dieses umfasst<sup>38</sup> neben den natürlichen Grundlagen der Wirtschaft, der Technik, der Wirtschaftsverfassung (z.B. Regelung und Verteilung der Verfügungsrechte, Gewichte der Selbstversorgung, der Bereitstellung von Gütern für den Markt sowie der bürokratisch gesteuerten Leistungserstellung, industrielle Beziehungen, Entgeltstrukturen und ihre Ergänzung durch Transfers) u. a. auch das Verhältnis der Wirtschaft zu den anderen Handlungsbereichen der Gesellschaft und die für das individuelle wirtschaftliche Handeln relevanten Orientierungsmuster, also vor allem die entsprechenden (ggf. religiös geprägten) Welt- und Selbstbilder sowie Wert- und Normvorstellungen der wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Der Begriff Wirtschaftsstil bezeichnet eine räumlich und zeitlich situierte Konstellation der genannten Elemente, die kohärent genannt werden kann, weil die Ausprägungen der Elemente im Großen und Ganzen komplementär sind, d.h. sich wechselseitig stützen. Das schließt weder Widersprüche zwischen den Ausprägungen der Elemente aus, noch Interessengegensätze oder eine Pluralität der Wert- und Normvorstellungen. Die Gegensätze und Unterschiede sollten jedoch – damit der Begriff treffend verwendet werden kann – die Operationen der wirtschaftlichen Institutionen nicht zu sehr stören. Das ist vor allem dann der Fall, wenn sie – z.B. in demokratischen Institutionen – ausgetragen bzw. bearbeitet werden. In dem hier beschriebenen Sinne ist das Konzept des Wirtschaftsstils eine Momentaufnahme: Wer es verwendet, behauptet, dass es eine gewisse Zeitphase gab (bzw. gibt), in der die wirtschaftlichen Institutionen eines Landes in dem beschriebenen Sinne ‚zusammengepasst‘ haben. Der Wandel wirtschaftlicher Institutionen soll mit dem Konzept des Wirtschaftsstils jedoch nicht ausgeblendet, vielmehr in seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung überhaupt erst sichtbar gemacht werden.

Die Strukturen einer Gesellschaft entwickeln sich nicht einfach ‚naturwüchsig‘. Natürlich geht sozialer Wandel zu einem erheblichen Teil auf die interne Dynamik im etablierten Institutionengefüge der Gesellschaft zurück: Handlungsbereiche steigern ihre Komplexität, Produktivkräfte entwickeln sich, Lebensformen und kognitiv-ethische Orientierungsmuster werden tradiert und in kleinen Einzelschritten abgewandelt, mächtige Institutionen erweitern die von ihnen kontrollierten Bereiche usw. Zugleich aber gibt es auch sozialen Wandel, der über politische Konflikte vorangetrieben wird. Das gilt auch für das wirtschaftliche Institutionenset. Dabei tragen die Gesellschaftsglieder einen Teil dieser Konflikte sogar *bereichsintern*, d.h. auf den Märkten und vor allem in den Unternehmen, aus. Weder der Systemcharakter der Wirtschaft, noch ihre Einbindung in das gesamte Institutionenset und die kulturellen Lebensformen einer Gesellschaft, noch das Zusammenspiel beider legen die Handlungspläne der individuellen Wirtschaftssubjekte so fest, dass diese nur marionettenhaft ihre ‚Rolle‘ in einem ihnen vorgegebenen Stück zu spielen hätten. Sie haben Handlungsspielräume, die sie nutzen können, um – ggf. gegen Widerstände anderer Akteure – ihre Interessen zu vertreten oder ihre Ordnungsvorstellungen einzubringen. So stellt der

wirtschaftliche Handlungsbereich auch ein Forum für politische Konflikte dar, in denen die Kontrahenten über die Organisation des Wirtschaftens streiten. Allerdings untersteht diese bereichsinterne politische Praxis einschneidenden Restriktionen: Die meisten individuellen Akteure müssen sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten, um durch Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt verdienen zu können; die Unternehmen bzw. ihre Spitzenmanager stehen unter dem Zwang, langfristig mehr Einnahmen als Ausgaben zu generieren – einem Zwang, dem sie unter mehr oder minder scharfem Wettbewerb auf den Gütermärkten entsprechen müssen und der ggf. durch die Kapitalgeber oder durch die Gefahr einer feindlichen Übernahme auch noch um die Zielvorgabe hoher Gewinne ergänzt wird. All dies schränkt die Bedeutung der bereichsinternen politischen Praxis erheblich ein – vor allem dann, wenn diese nicht über eine Organisation der Interessenvertretung mit den Handlungen anderer koordiniert ist (vgl. Tarifvertragsparteien, Verbraucherverbände usw.). Deshalb kommt in demokratischen Gesellschaften, wenn es um die Gestaltung der Wirtschaft geht, der *bereichsexternen* politischen Praxis eine besondere Bedeutung zu. Dabei geht es um Beiträge zur Meinungsbildung in der politischen Öffentlichkeit und zu den vielgestaltigen Konflikten im politisch-administrativen System, das vor allem über das Recht die Entwicklung der wirtschaftlichen Strukturen zu beeinflussen sucht.

Im Gegensatz zur Wahrnehmung in der neoklassischen Ökonomie und zur Luhmannschen Systemtheorie, aber auch in Abgrenzung zur Habermasschen Gegenüberstellung von Systemen und Lebenswelt (als Bereichen der Gesellschaft<sup>39</sup>) wird der Handlungsbereich Wirtschaft hier also weder als machtfrei noch als sittlich neutral aufgefasst. Obwohl in der Wirtschaft Handlungen primär über oder in Hinblick auf ihre Zahlungsfolgen koordiniert werden, können die wirtschaftlichen Akteure auf Märkten und in Unternehmen Strategien verfolgen, mit denen sie ihre Interessen gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen suchen. Auch wenn das effiziente Verfolgen des eigenen monetären Vorteils in der kapitalistischen Marktwirtschaft dominant geworden ist, bleibt ihr wirtschaftliches Handeln eben auch von tradierten ethischen Orientierungen geprägt. Mehr noch, eine Kooperation zwischen Akteuren, die sich sonst häufig fremd sind, käme sonst gar nicht oder nur zu sehr hohen Kontrollkosten zustande. Außerdem haben die Akteure bei ihren wirtschaftlichen Handlungen ausreichend Spielraum, um sich mit ihren wirtschaftlichen Kooperationspartnern (einschließlich der Konkurrenten) auf der Grundlage gemeinsamer Norm- und Wertvorstellungen auf bestimmte Vorgehensweisen (oder auf deren Ausschluss) zu einigen. Vor allem jedoch hat der Handlungsbereich Wirtschaft als ganzer in offenen demokratischen Gesellschaften eine Art normative Geschäftsgrundlage, d.h. er bleibt zurückgebunden an den umkämpften Kompromiss bzw. den aktuell akzeptierten Konsens in der Gesellschaft darüber, wie man jene Handlungen organisieren will, die der wirtschaftlichen Leistungserstellung dienen. Teil dieses Kompromisses bzw. Konsenses über die Wirtschaftsordnung ist eben auch, dass es um des erreichbaren Wohlstandsniveaus willen als legitim gilt, dass in diesem Bereich Handlungen primär über oder im Hinblick auf ihre monetären Folgen koordiniert werden, statt dadurch, dass jedes Mal die an einer Interaktionskette zur Leistungserstellung direkt Beteiligten ihre Handlungspläne mühsam aufeinander abstimmen.

Diese Überlegungen sichern die Möglichkeit einer Institutionenethik, die prinzipiell keine Institution von der kritischen Reflexion ausnimmt: Obwohl kapitalistische Marktwirtschaften eine eigene – auf der monetären Handlungskoordination beruhende – Systemlogik ausgebildet haben, können moderne Gesellschaften grundlegend von ihrem demokratischen Anspruch her interpretiert werden. Eine Gesellschaft wird dann zuerst als ein demokratisches Gemeinwesen begriffen, dessen Bürgerinnen

und Bürger ihr Zusammenleben gemeinsam nach (mehrheitlich, weithin oder allgemein) akzeptierten Ordnungsvorstellungen gestalten. Dazu bedienen sie sich u. a. der politischen Administration und des Rechts. Die Wirtschaft ist aus dieser Perspektive betrachtet zuerst einmal ein Bereich des Zusammenlebens, den die Bürgerinnen und Bürger gemäß ihren Überzeugungen zu gestalten suchen. Dabei können sie nicht nur berücksichtigen, was aus ihrer Sicht für ein hohes Wohlstandsniveau zweckmäßig ist, sondern auch, was ihren Vorstellungen von gerechten sozialen Strukturen bzw. von einer guten Gesellschaftsordnung und damit auch von einem guten Wirtschaften entspricht.

#### 4 *Dominanz der Wirtschaft*

Die Wirtschaft mit ihrer eigenen Systemlogik hat sich nicht nur als ein eigenständiger, sondern mit der Zeit auch als ein dominanter Handlungsbereich etabliert. In der Gegenwart werden Leistungen außerhalb familiärer und freundschaftlicher Kontexte fast ausschließlich gegen Geld erbracht. Um überleben oder sich die für den eigenen Lebensstil benötigten oder gewünschten Güter beschaffen zu können, ist jeder und jede auf ein Einkommen, also auf regelmäßige Geldzahlungen, angewiesen. Und dieses Einkommen erhalten die meisten Bürgerinnen und Bürger vorwiegend für ihren Beitrag zur Leistungserstellung in einem Unternehmen. Zudem sind alle Organisationen, gleich welchem gesellschaftlichen Handlungsbereich sie (primär) zuzuordnen sind, auf Geld angewiesen. Seit einigen Jahren werden zudem immer mehr Organisationen anderer Handlungsbereiche nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, d.h. mit dem Ziel, Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben zu erzielen, geführt. Gleichzeitig wird häufig diagnostiziert, dass die Bürgerinnen und Bürger unter dem dominanten Einfluss ökonomischen Denkens ihre sozialen Beziehungen zunehmend nach einem Kosten-Nutzen-Kalkül gestalten sowie beruflichen Erfolg und hohes Einkommen sehr stark gewichten.

In seiner „Philosophie des Geldes“ hat G. Simmel herausgearbeitet, wie die Durchsetzung des Tauschschemas ‚Leistung gegen Geld‘ die Beziehungen zwischen den Menschen sachlicher und unpersönlicher gemacht hat. Aus seiner Sicht befreit das Geld die einzelnen aus traditionellen Bindungen und persönlicher Abhängigkeit, mutet ihnen aber auch die kaum zu bewältigende Aufgabe zu, die eigene (dauerhafter Bindungen und Zugehörigkeiten entkleidete) Persönlichkeit eigenständig zu entwerfen<sup>40</sup>. In Simmels Analyse wird die Vermittlung der meisten Interaktionen durch Geld zu einem zentralen, wenn nicht dem entscheidenden Kennzeichen moderner Gesellschaften.

Darüber hinaus ist bei den meisten Gesellschaftsgliedern die soziale Position einschließlich der damit verbundenen persönlichen Risiken sowie Entfaltungs- und Beteiligungschancen vor allem durch ihre Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestimmt. K. Marx und F. Engels hatten herausgearbeitet, dass die westeuropäischen Gesellschaften ihrer Zeit vor allem als Klassengesellschaften zu verstehen sind, d.h. als Gesellschaften, deren Strukturen weithin von dem Gegensatz zwischen der kleinen, aber mächtigen Gruppe der Produktionsmittelbesitzer (Kapitalisten) und der Masse der abhängig Beschäftigten geprägt sind<sup>41</sup>. In ihren weltgeschichtlichen Überlegungen haben sie diese dominante Rolle der (ihrerseits primär durch den Stand der Produktivkräfte, also die Entwicklung der Technik bestimmten) Produktionsverhältnisse über den Beginn des Kapitalismus hinaus auf frühere Epochen aus-

gedehnt. Seit dem Ende der Urgemeinschaft sei Gesellschaft letztlich von der Produktionssphäre bestimmt („ökonomische Gesellschaftsformation“). Geschichte vollziehe sich im Wesentlichen als Entstehung, Weiterentwicklung und Ablösung von Wirtschaftssystemen und den ihnen entsprechenden Gesellschaftsformen. Dabei stünden sich jeweils eine kleine Klasse von Produktionsmittelbesitzer und eine große Klasse von wirtschaftlich Abhängigen gegenüber<sup>42</sup>.

Der marxistische, allein am Verhältnis zu den Produktionsmitteln ansetzende Klassenbegriff wurde von vielen Autoren übernommen, in der katholischen Sozialethik z.B. von Oswald von Nell-Breuning<sup>43</sup>. Heute jedoch vermag er, wenn es um die Analyse der Sozialstrukturen von Industrieländern geht, in dieser Form nicht mehr zu überzeugen. Die abhängige Beschäftigung wurde nicht nur (beinahe) universalisiert, sondern hat sich in eine Pluralität von Formen sowie von Schichten mit höchst unterschiedlichen Einkommen ausdifferenziert. In der obersten Schicht gibt es Beschäftigte, deren Entgelt so hoch ist, dass sie größere Vermögen bilden und in relevantem Umfang eine (über Finanztitel vermittelte) Beteiligung am Produktionsmittelbesitz erreichen können. Einige haben sich als Manager sogar einen erheblichen Teil der Entscheidungsbefugnisse von Eigentümer-Unternehmern sichern können. Neben dem Eigentum an Produktionsmitteln sind heute auch der Erwerb besonderer Qualifikationen, die spezifische Stellung innerhalb großer Organisationen oder die Einbindung in informelle Netzwerke wichtige Ressourcen. Wenn man gebündelt über sie verfügt, begründen sie die Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse, also zu einer relativ stabilen ökonomisch oder sozio-kulturell bestimmten gesellschaftlichen Großgruppe<sup>44</sup>. Dabei spielt nach wie vor der Arbeitsplatz bzw. die berufliche Stellung des einzelnen, in den meisten Fällen also seine Rolle in der Leistungserstellung des Unternehmens, eine entscheidende Rolle. So ist in der Arbeitsgesellschaft mit der Erwerbsarbeit nicht nur ein bestimmtes Niveau des Einkommens und damit auch der sozialen Sicherheit verbunden. Vielmehr prägt die berufliche Tätigkeit darüber hinaus auch in hohem Maße die Identität des einzelnen; Probleme oder besondere Aufgaben im Arbeitsleben gelten als wichtige Herausforderungen für seine Persönlichkeitsentfaltung. Zugleich dient die Erwerbsarbeit der gesellschaftlichen Integration. Sie bietet den Beschäftigten soziale Kontakte. Für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger steht sie außerdem unter dem Anspruch, allen eine aktive und gleichberechtigte Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Demnach sollen die einzelnen mit ihrer Erwerbsarbeit am gesellschaftlichen Austausch von Leistungen teilnehmen und dafür ein Entgelt erhalten, das für den Lebensunterhalt ausreicht, so dass sie nicht von der Allgemeinheit „alimentiert“ werden müssen. Genau dieser arbeitsgesellschaftlichen Anspruch wird aber für viele Gesellschaftsglieder nicht eingelöst: seit drei Jahrzehnten für eine in mehreren Schüben stark angestiegene Zahl von Langzeitarbeitslosen und zudem seit ein paar Jahren für eine wachsende Gruppe von Menschen mit prekären bzw. schlecht entlohnten Arbeitsverhältnissen. Die dadurch bedingte Exklusion<sup>45</sup> führt aber bisher nicht dazu, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die arbeitsgesellschaftlichen Strukturen infrage stellt oder zumindest für sozialpolitische Reformen eintritt, mit denen der Stellenwert der Erwerbsarbeit relativiert würde.

## *5 Globalisierung*

Als Globalisierung der Wirtschaft<sup>46</sup> wird ein Prozess der beschleunigten Zunahme grenzüberschreitender wirtschaftlicher Transaktionen bezeichnet. Abgesehen von

technologischen Ursachen (insbesondere die Ausbreitung von IT) und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes geht der Prozess vor allem auf bewusste wirtschaftspolitische Weichenstellungen der führenden Industrieländer und der von ihnen dominierten internationalen Organisationen (vor allem Internationaler Währungsfonds, Weltbank, GATT bzw. WTO) zurück: Abbau der Zollschränken und z. T. anderer Handelshemmnisse, Liberalisierung des Kapitalverkehrs, gezielte Förderung der wertpapierbezogenen Finanzwirtschaft (Börse, Investmentbanking, Fonds), Abbau von Investitionsbeschränkungen für auswärtige Konzerne, Privatisierung von Staatsbetrieben und (quasi-)staatlichen Alterssicherungssysteme etc. In politischen Debatten häufig als Schlagwort benutzt, ist die Bedeutung des Begriffs sehr diffus. Zwischen den Autoren ist umstritten, wann der Globalisierungsprozess begonnen hat, ob die erreichte Intensität der wirtschaftlichen Integration zwischen den Industrieländern irreversibel ist und jene vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs wesentlich übersteigt. Darüber hinaus sind die Diagnosen strittig, die nicht selten im Globalisierungsbegriff mit dem Phänomen einer schnell zunehmender wirtschaftlicher Integration verschmolzen werden: die Annahme einer kulturellen Globalisierung, die als Verbreitung einer westlich geprägten Einheitskultur begriffen wird, die Aussage einer Beschleunigung der alltäglichen Interaktionen sowie die Behauptung einer weitgehenden Entmachtung von Politik.

Das Faktum und die Art der wirtschaftlichen Globalisierung sind stark durch den marktradikalen Wirtschaftsliberalismus (häufig: Neoliberalismus, was aber im deutschen Sprachraum wegen der gleich lautenden Selbstbezeichnung mancher Ordoliberaler missverständlich ist) bestimmt. Nicht selten bezeichnet deshalb der Begriff ‚Globalisierung‘ bereits die wirtschaftsliberale Form der weltwirtschaftlichen Integration mit. Tatsächlich hat die wirtschaftsliberale Politik einer Entfesselung der Marktkräfte und eines weitgehenden Rückzugs des Staates die internationale wirtschaftliche Integration erheblich befördert. Zugleich führt der mit der Internationalisierung der Wirtschaft verbundene Machtverlust nationalstaatlicher Politik auch dazu, dass das marktradikale Bild der Gesellschaft an Plausibilität gewinnt. Darin wird die Gesellschaft primär als ein Zusammenhang von sich selbst steuernden Märkten verstanden, an dem jeder einzelne gemäß seinem individuellen Vorteil teilnimmt und dessen Ordnung sich, so F.A. von Hayek, spontan aus den – jeweils auf den eigenen Vorteil bedachten – Handlungen der Wirtschaftsakteure ergibt<sup>47</sup>. Der Staat, dem lediglich die Aufgabe zukommt, negative Freiheiten (vor allem durch Garantie des Privateigentums) zu sichern, ist nicht mehr als *eine* Organisation. Diese ist in das spontane Beziehungsgeflecht der eigennützigen Handlungen der Individuen eingebunden und auf keinen Fall in der Lage, seine Entwicklung zu steuern. Trotz des faktischen Zusammenhangs zwischen Globalisierung und marktradikalem Wirtschaftsliberalismus ist deren Differenz festzuhalten: Weltwirtschaftliche Integration kann prinzipiell auch anders denn wirtschaftsliberal gestaltet werden. Deshalb steht der Begriff der wirtschaftlichen Globalisierung hier ausschließlich für den wirtschaftlichen Integrationsprozess als solchen und nicht auch schon für seinen marktradikalen Zuschnitt.

Das Neue des gegenwärtigen Schubs weltwirtschaftlicher Integration zeigt sich vor allem darin, dass in den zwanzig Jahren seit dem Ende des Ost-West-Konflikts die grenzüberschreitenden Finanztransaktionen sowie die Ausländischen Direktinvestitionen (grenzüberschreitende Unternehmenskäufe, Auf- bzw. Ausbau vom Tochterunternehmen im Ausland) mit sehr hohen Wachstumsraten und damit wesentlich schneller als das sog. Weltbruttoinlandsprodukt, also der Wert aller auf der Erde bereitgestellten Güter, gestiegen sind. In diesem beschleunigten Wachstum spiegelt sich zum einen die Entstehung und der Boom einer internationalen kapitalmarktdo-

minierten Finanzwirtschaft<sup>48</sup>, die sich mit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 als außerordentlich fragil erwiesen hat, zum anderen die Ausbildung einer neuen Form der internationalen Arbeitsteilung: Wurden bis in die 80er Jahre fast ausschließlich Rohstoffe und vor allem Fertigprodukte grenzüberschreitend gehandelt, besteht heute der internationale Handel zum großen Teil darin, dass Unternehmen aus einem Land einzelne Fertigungsschritte oder Dienstleistungselemente von eigenständigen Betrieben oder von Tochterunternehmen des gleichen Konzerns in anderen Ländern kaufen. Der starke Anstieg der Ausländischen Direktinvestitionen zeigt an, dass diese Form des Handels, das sog. Offshoring, schnell wächst: Transnationale Unternehmen zerlegen ihre Wertschöpfungsketten in kleine Teilschritte und suchen für diese dann grenzüberschreitend nach einem optimalen – meist: besonders kostengünstigen – Standort, an dem sie dann häufig eine Tochterfirma kaufen oder selbst aufbauen<sup>49</sup>.

Das Phänomen einer vertieften weltwirtschaftlichen Integration von Volkswirtschaften eignet sich als Projektionsfläche gleichermaßen für messianische Hoffnungen (Wohlstand für die gesamte Weltbevölkerung) wie apokalyptische Befürchtungen (Verarmung bzw. Verschärfung der Armut jeweils einer Bevölkerungsmehrheit in allen Ländern). Einige Schwellenländern, die sich *nach* dem gelungenen Aufbau einzelner wettbewerbsfähiger heimischer Industrie- oder Dienstleistungsbranchen für Güterhandel und Ausländische Direktinvestitionen geöffnet haben, konnten ein anhaltendes Wirtschaftswachstum erreichen und die Armut ihrer Bevölkerung nachhaltig reduzieren. Dies verweist auf mögliche Chancen des weltwirtschaftlichen Integrationsprozesses für die ärmeren Bevölkerungsschichten in einigen peripheren Ländern. Allerdings wirkt sich die Zunahme des weltweiten wirtschaftlichen Austauschs höchst unterschiedlich auf die Chancen der Länder des Südens und des Ostens aus, den Wohlstand breiter Schichten nachhaltig zu steigern. Denn neben den Industrieländern sind es vor allem die Schwellen- und Transformationsländer, die den größten Teil der Ausländischen Direktinvestitionen anziehen und die meisten Exportzuwächse realisieren können. Vielen ärmeren Entwicklungsländern gelingt dies nicht, sie profitieren von der Globalisierung nicht und müssen, weil sich der internationale Wettbewerb verschärft und Konkurrenten wettbewerbsfähiger werden, nicht selten sogar eine Verschlechterung ihrer Aussichten auf wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Verringerung von Armut hinnehmen.

Die grenzüberschreitende wirtschaftliche Integration fordert die nationalstaatlichen Regierungen heraus, ihre Bemühungen um eine Regulierung der Märkte und Konzerne international zu koordinieren. Die Internationalisierung der Wirtschaft ist – entgegen der verbreiteten Rede von *Globalisierung* – in hohem Maße eine *Regionalisierung*, d.h. ein Großteil der über nationalstaatliche Grenzen hinweg abgewickelten Transaktionen verbleibt jeweils innerhalb des Kontextes *einer* Großregion. Deshalb verweist die Europäische Einigung auf wichtige Chancen, die politische Steuerungsfähigkeit wirtschaftlicher Prozesse jenseits des Nationalstaates auf regionaler Ebene wiederzugewinnen. Andere wirtschaftliche Integrationsprozesse – insbesondere in der Finanzwirtschaft – sind im Wortsinn global, d.h. sie überschreiten tatsächlich nicht nur nationale, sondern auch regionale Grenzen. Politische Steuerungsmöglichkeiten erschließen sich hier nur, wenn die vorhandenen internationalen Organisationen weiterentwickelt und gestärkt werden. Auf beiden Ebenen, auf der europäischen und insbesondere auf der globalen Ebene, markiert die Demokratisierung im Sinne einer besseren Rückbindung der Entscheidungen an *alle* Betroffenen eine zentrale organisationsinterne Herausforderung. Ihr entsprechen zahlreiche Herausforderun-

gen in der Gestaltung der Weltwirtschaft. Dazu gehören die Regulierung der internationalen kapitalmarktdominierten Finanzwirtschaft, die zumindest deren selbstzerstörerischen Tendenzen begrenzen müsste, und eine Gestaltung der internationalen Märkte, die u. a. mittels der Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindeststandards verhindert, dass Nationalstaaten in einen Unterbietungswettlauf gezwungen werden und darüber hinaus den Regierungen Freiräume für die Bewahrung und Weiterentwicklung des eigenen Wirtschaftsstils sichert. Das zentrale ordnungspolitische Ziel der nächsten Jahrzehnte ist die ökologische Umsteuerung des Wirtschaftens, vor allem in den Industrieländern. Sie muss den Klimawandel begrenzen und zugleich den peripheren Ländern jene Wachstumschancen erschließen, ohne die sie die Armut breiter Bevölkerungskreise nicht dauerhaft bekämpfen können. Gelingt eine solche Steuerung der Weltwirtschaft einschließlich einer Begrenzung des Standortwettbewerbs zwischen den Nationalstaaten nicht, dann gerät sogar die – bisher nur im nationalstaatlichen Kontext<sup>50</sup> realisierte – Demokratie in Gefahr. Der Staat würde dann zum ‚Wettbewerbsstaat‘<sup>51</sup> degenerieren, der die vitalen Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger gar nicht verfolgen könnte, sondern nur noch damit beschäftigt wäre, alle gesellschaftlichen Bereiche auf das Ziel hin auszurichten, die im Land ansässigen Unternehmen für die globalen Märkte wettbewerbsfähig zu machen.

## Literatur

- Beck, U., 1986. *Risikogesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Becker, G.S., 1993. *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung des menschlichen Verhaltens*. Tübingen.
- Berger, J., 1992, Der Konsensbedarf der Wirtschaft. In: H.-J. Giegel (Hrsg.), *Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften*, Frankfurt a.M.
- Böckling, U., 2007. *Das unternehmerische Selbst*. Frankfurt a.M.
- Brunner, Otto, 1980. *Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte*. Göttingen.
- Burkhardt, J./Oexle, O.G./Spahn, P., 1992, Art. Wirtschaft. In: O. Brunner, u. a. (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe 7*, Stuttgart.
- Castel, R., 2008, Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs. In: H.Bude/A.Willisch (Hrsg.) *Exklusion*, Frankfurt a.M.
- Dembinski, P., 2008 *Finance servante ou finance trompeuse?* Paris.
- Ebner, A., 2009, Wirtschaftskulturforschung. In: V. Caspari (Hrsg.), *Theorie und Geschichte der Wirtschaft*, Marburg.
- Engels, F., 1962, Karl Marx. In: *MEW*, Bd. 19, Berlin.
- Engels, F., 1962a, Entwicklung des Sozialismus. In: *MEW*, Bd. 19, Berlin.
- Emunds, B., 2009, Modernisierung des deutschen Finanzsystems – Ende der Sozialen Marktwirtschaft? In: V. Caspari (Hrsg.), *Theorie und Geschichte der Wirtschaft*, Marburg.
- Esping-Andersen, G., 1998, Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: St. Lessenich/I.Ostner (Hrsg.) *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*, Frankfurt a.M. – New York.
- Eucken, W, 1989.*Die Grundlagen der Nationalökonomie*. Berlin.
- Goetz, A., 1989. *Kritik der ökonomischen Vernunft*. Berlin.
- Habermas, J., 1981. *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2. Frankfurt a.M.
- Habermas, J., 1998. *Die postnationale Konstellation*. Frankfurt a.M.
- Hall, P.A./Soskice, D., 2001. *Varieties of Capitalism*. Oxford.
- Hayek, F.A., 1981. *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*. Landsberg a.L.
- Hayek, F.A., 1980, *Regeln und Ordnung*, Landsberg a.L.
- Hengsbach, F., 2000, „Globalisierung“ – eine wirtschaftsethische Reflexion. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34*.
- Hilferding, R., 1947. *Das Finanzkapital*. Berlin.
- Hirsch, J., 2008, Das Ende der liberalen Demokratie und die Frage der Menschenrechte. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), *Jahrbuch 2008*, Münster i. W.
- Hirsch., J./Roth, R., 1986. *Das neue Gesicht des Kapitalismus*. Hamburg.
- Holler, M.J./Illing, G., 2005. *Einführung in die Spieltheorie*. Berlin.
- Kreckel, R., 1992. Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt a.M.
- Lichtblau, L., 1984, Art.: Ökonomie, politische. In: J. Ritter/K. Gründer (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 6, Darmstadt.
- Luhmann, N., 1986. *Ökologische Kommunikation*. Opladen.
- Marshall, T., 1992. *Bürgerrechte und soziale Klassen*. Frankfurt a.M.
- Marx, K., 1964, Kritik der politischen Ökonomie. In: *MEW* 13, Berlin.
- Marx, K./Engels, F., 1972, Manifest der kommunistischen Partei. In: *MEW*, Bd. 4, Berlin.
- K. Meyer-Abich/B. Schefold, 1986, *Die Grenzen der Atomwirtschaft*, München.



- Mill, J.St., 1976. *Einige ungelöste Probleme der ökonomischen Theorie*. Frankfurt a.M.
- Nell-Breuning, O. von, 1953, Art. Wirtschaft. In: Ders. (Hrsg.), *Wörterbuch der Politik IV*, Freiburg/Br.
- Nell-Breuning, O. von, 1986. *Kapitalismus – kritisch betrachtet*. Freiburg i.Br.
- Polanyi, K., 1977. *The great transformation*. Wien.
- Quesnay, F., 1987. *Physiocratie, ou constitution naturelle du gouvernement*. Frankfurt a.M.. (Faksimile der Ausgabe von 1767/68).
- Ricardo, D., 1994. *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*. Marburg.
- Robbins, L., 1932. *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*. London.
- Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik, 2008. *Verlagerung von Arbeitsplätzen – Entwicklungschancen und Menschenwürde*. Bonn.
- Schefold, B. (Hrsg.), 2004. *Wirtschaftssysteme im historischen Vergleich*. Stuttgart.
- Schefold, B., 1995, Theoretische Ansätze für den Vergleich von Wirtschaftssystemen aus historischer Perspektive. In: Ders. (Hrsg.) *Wandlungsprozesse in den Wirtschaftssystemen Westeuropas*, Marburg.
- Simmel, G., 1989, *Philosophie des Geldes*, Frankfurt a.M.
- Smith, A., 2005. *Der Wohlstand der Nationen*. München.
- Sombart, W., 2002. *Nationalökonomie als Kapitalismustheorie. Ausgewählte Schriften*. Marburg.
- Spiethoff, A., 1932, Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie. In: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* 56.
- Windolf, P. (Hrsg.), 2005. *Finanzmarkt-Kapitalismus*. Wiesbaden.
- Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), 1999. *Die vielen Gesichter der Globalisierung – Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung*. Bonn.
- Zimmermann, W.L., 1976, Art. Wirtschaft. In: R.A. Roth/H.M. Selzer (Hrsg.), *Lexikon zur Arbeits- und Soziallehre*, Donauwörth.

---

<sup>1</sup> Vgl. Burkhardt u. a. 1992, 512.

<sup>2</sup> Vgl. Zimmermann 1976.

<sup>3</sup> Nell-Breuning 1953, 5.

<sup>4</sup> Sombart 2002, 265.

<sup>5</sup> Nell-Breuning 1953, 3 ff.

<sup>6</sup> Vgl. z.B. Hayek 1981, 151.

<sup>7</sup> Vgl. Luhmann 1986, 101 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Nell-Breuning 1953, 4, Berger 1992, 157.

<sup>9</sup> Vgl. Berger 1992, 170.

<sup>10</sup> Vgl. Mill 1976, 164.

<sup>11</sup> Robbins 1932, 16.

<sup>12</sup> Vgl. Holler/Illing 2005

<sup>13</sup> Vgl. Becker 1993.

<sup>14</sup> Vgl. Hall/Soskice 2001.

<sup>15</sup> Vgl. Burkhardt u. a. 1992.

<sup>16</sup> Brunner 1980, 103 ff.

<sup>17</sup> Vgl. Burkhardt u. a. 1992, 550 ff, 577 f.

<sup>18</sup> Vgl. Lichtblau 1984, 1164 ff.

<sup>19</sup> Vgl. Burkhardt u. a. 1992, 512 f., 544 ff.

<sup>20</sup> Vgl. Burkhardt u. a. 1992, 573 ff.

<sup>21</sup> Quesnay 1987.

<sup>22</sup> Smith 2005, Ricardo 1994.

- 
- <sup>23</sup> Burkhardt u. a. 1992, 559.  
<sup>24</sup> Vgl. Burkhardt u. a. 1992, 581.  
<sup>25</sup> Eucken 1989.  
<sup>26</sup> Vgl. Schefold Hrsg. 2004.  
<sup>27</sup> Polanyi 1977.  
<sup>28</sup> Vgl. Gorz 1989, 31 ff.  
<sup>29</sup> Marx/Engels 1972, 464.  
<sup>30</sup> Vgl. z.B. Engels 1962, 105, Nell-Breuning 1986, 47 ff., 147 ff.  
<sup>31</sup> Vgl. z.B. Hilferding 1947, Hirsch/Roth 1986.  
<sup>32</sup> Marshall 1992, 33ff.  
<sup>33</sup> Vgl. Esping-Andersen 1998.  
<sup>34</sup> Beck 1986.  
<sup>35</sup> Bröckling 2007.  
<sup>36</sup> Vgl. Windolf Hg. 2005, Emunds 2009.  
<sup>37</sup> Vgl. Schefold 1995, Ebner 2009.  
<sup>38</sup> Vgl. Spiethoff 1932, Meyer-Abich/Schefold 1986, 144 ff.  
<sup>39</sup> Vgl. z.B. Habermas 1981, 205ff., 256, 457 f.  
<sup>40</sup> Simmel 1989.  
<sup>41</sup> Vgl. z.B. Engels 1962, 105.  
<sup>42</sup> Vgl. z.B. Marx 1964, 8 f., Engels 1962a, 208, 225 f.  
<sup>43</sup> Nell-Breuning 1986, 47 ff., 147 ff.  
<sup>44</sup> Vgl. Kreckel 1992.  
<sup>45</sup> Vgl. z.B. Castel 2008.  
<sup>46</sup> Vgl. z.B. Wissenschaftliche Arbeitsgruppe Hrsg. 1999, Hengsbach 2000.  
<sup>47</sup> Hayek 1980.  
<sup>48</sup> Dembinski 2008.  
<sup>49</sup> Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik 2008.  
<sup>50</sup> Habermas 1998.  
<sup>51</sup> Hirsch 2008.

Der Beitrag wird erscheinen in: Hans Jörg Sandkühler (Hg.), Enzyklopädie Philosophie, 2. Aufl., 3 Bde., Felix Meiner: Hamburg 2009.